

# UVB Kompakt 2/2018

Berlin, 16. April 2018

## Bessere Chancen für Langzeitarbeitslose

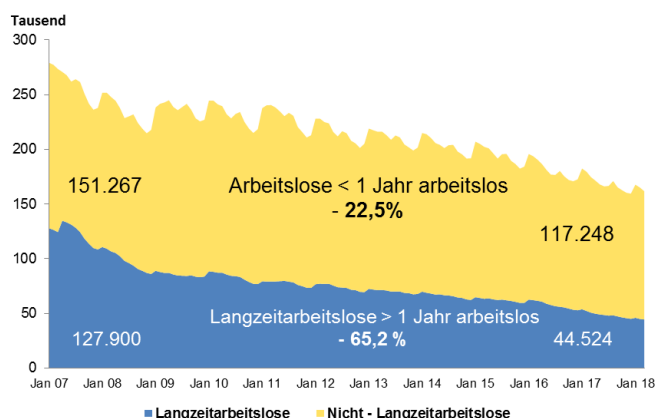
Ein „solidarisches Grundeinkommen“ soll allen Langzeitarbeitslosen ermöglichen, sich wieder am Erwerbsleben zu beteiligen. Das ist die Idee von Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller. Aus Sicht der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg wäre das nur für wenige Langzeitarbeitslose mit mehreren Vermittlungshemmnissen der richtige Weg. Den meisten Betroffenen würde der Staat damit aber signalisieren, dass sie auf dem ersten Arbeitsmarkt ohne Chance sind. Zudem entstünde mit einem solchen Grundeinkommen unnötig künstliche Beschäftigung. Dabei gelingt immer mehr Langzeitarbeitslosen in der Hauptstadtregion der Weg in einen regulären Job. Und viele von ihnen haben noch Potenzial auf dem Arbeitsmarkt. Sie brauchen individuelle Förderung.

Das „solidarische Grundeinkommen“ soll Menschen, die länger als ein Jahr ohne Arbeit sind, eine reguläre, sozialversicherungspflichtige und unbefristete Beschäftigung bieten – sie soll allerdings freiwillig sein. Der Staat könne damit Dienstleistungen erbringen lassen, für die es aktuell keinen Markt oder kein Geld gebe, schlägt der Regierende Bürgermeister vor. Als Beispiele hat er in einem „Tagesspiegel“-Beitrag „Sperrmüllbeseitigung, Säubern von Parks, Bepflanzen von Grünstreifen, Begleit- und Einkaufsdienste für Menschen mit Behinderungen, Babysitting“ und andere Arbeiten genannt. Dafür soll der gesetzliche Mindestlohn gezahlt werden. Müller sieht das Grundeinkommen als einen Baustein beim grundsätzlichen Umbau des deutschen Sozialsystems.

### Langzeitarbeitslosigkeit auf dem Rückzug

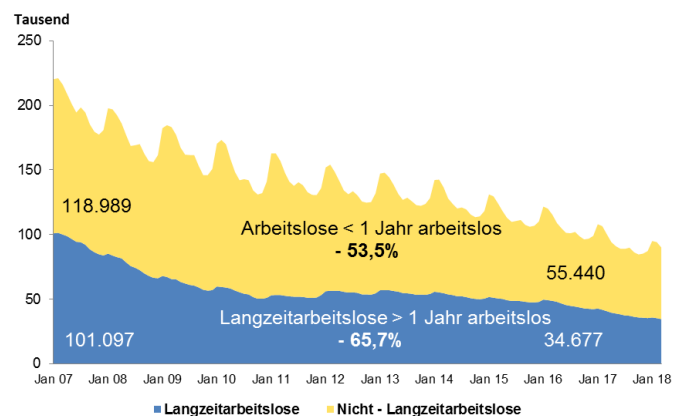
Angesichts des enormen Aufschwungs am Arbeitsmarkt in der Hauptstadtregion in den vergangenen Jahren kann allerdings nicht die Rede davon sein, dass Langzeitarbeitslose ohne Chance wären. Das zeigen die Zahlen.

#### Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Berlin



Seit Anfang 2007 ist ihre Zahl in der Hauptstadt um mehr als 65 Prozent zurückgegangen. Dies liegt auch am steigenden Stellenangebot für Helfer. Bei den Kurzzeit-Arbeitslosen waren es nur knapp 23 Prozent.

#### Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Brandenburg



In **Brandenburg** gab es einen ähnlich starken Rückgang. Hier ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen seit Januar 2007 um fast 66 Prozent gesunken. Allerdings verringerte sich die Zahl der Kurzzeit-Arbeitslosen um knapp 54 Prozent und damit deutlich stärker als in Berlin. Insgesamt stellen Langzeit-Arbeitslose aktuell einen großen Anteil an allen Erwerbslosen – in Berlin sind es 38 Prozent, in Brandenburg 63 Prozent.

### Arbeitslose brauchen Anreize

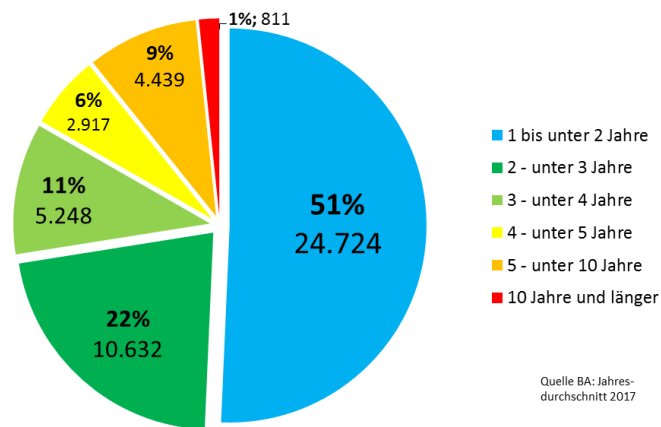
Arbeitsmarkt- und sozialpolitisch wäre das „solidarische Grundeinkommen“ nicht der richtige Weg. Statt Langzeitarbeitslose durch Qualifizierung und Betreuung fit zu machen für den ersten Arbeitsmarkt, würden sie zu nicht vermittelbaren Problemfällen erklärt und aus der Statistik wegschubventioniert. Als unbefris-

tet Beschäftigte im Staatsdienst verlören die Menschen zudem jeglichen Anreiz, sich eine reguläre Arbeit zu suchen. Die Idee erinnert an Förderinstrumente wie etwa Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Sie gibt es heute kaum noch.

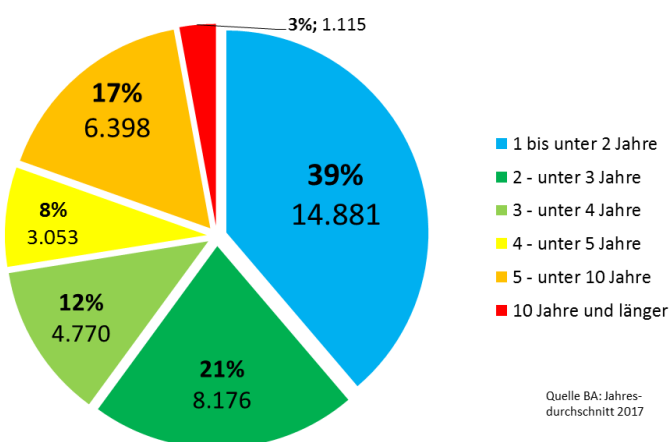
### Förderung und Betreuung sind nötig

Bei der Frage, welche Chancen Langzeitarbeitslose auf dem Arbeitsmarkt haben, lohnt ein genauer Blick. Im aufnahmefähigen Berliner Arbeitsmarkt sind mehr als die Hälfte aller Langzeitarbeitslosen nicht länger als zwei Jahre arbeitslos. Bei vier von fünf Langzeitarbeitslosen liegt die letzte Beschäftigung weniger als vier Jahre zurück, in Brandenburg sind drei von vier Langzeitarbeitslosen kürzer als vier Jahre ohne Stelle.

Dauer der Langzeitarbeitslosigkeit in Berlin



Dauer der Langzeitarbeitslosigkeit in Brandenburg



Diese Menschen haben durchaus Fähigkeiten zu bieten, die auf dem regulären Arbeitsmarkt gefragt sind – das zeigt auch die Entwicklung der vergangenen Jahre. Um sie zu nutzen, muss die Bundesagentur aktiver in Sachen Integration werden. Hier sollte auch die Große Koalition auf Bundesebene bei ihrem Vor-

haben, die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen, ansetzen und den hierfür zur Verfügung stehenden Eingliederungstitel deutlich erhöhen. Mit passgenauen Qualifizierungsmaßnahmen kann vielen Langzeitarbeitslosen der Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt gelingen. Für Menschen, die einen kompletten Berufsabschluss nicht schaffen, sollte es auch die Möglichkeit zu Teilqualifizierungen geben.

### Verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen

Bei Arbeitslosen, die länger als vier Jahre nicht erwerbstätig waren, ist eine Rückkehr meist schwieriger. Denn zur Arbeitslosigkeit kommen oft Erkrankungen, Suchtprobleme oder Überschuldung hinzu. Diese Vermittlungshemmnisse abzubauen, erfordert einen langen Atem. Allein für diese arbeitsmarktferne Gruppe ist eine öffentlich geförderte Beschäftigung der richtige Weg. Bei der Umsetzung der von der Großen Koalition angekündigten bundesgesetzlichen Vorgaben und Möglichkeiten in der Region müssen die Arbeitsmarkt-Akteure Tätigkeiten organisieren, die von allen Beteiligten akzeptiert und angenommen werden. Diese dürften insbesondere nicht in Konkurrenz zur Privatwirtschaft stehen. Die Vorschläge des Regierenden Bürgermeisters bilden hinsichtlich der in Betracht kommenden Tätigkeiten eine gute Diskussionsgrundlage. Dabei sollten Jobcenter vor allem Langzeitarbeitslose mit minderjährigen Kindern vermitteln. Das Ziel ist, auch dem Nachwuchs in der Familie einen geregelten Tagesablauf und den Wert von Arbeit zu vermitteln.

UVB-Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck:

„Bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit gibt es keine Patentrezepte. An Nachfrage auch nach einfachen Tätigkeiten mangelt es angesichts des Arbeitsmarkt-Booms aber nicht. Wir dürfen die Arbeitslosen nicht aufgeben, indem wir sie quasi in den Staatsdienst übernehmen. Das würde alle Anreize zunichtemachen, auf eigenen Füßen zu stehen. Es geht darum, Langzeitarbeitslose noch intensiver zu betreuen und sie zu qualifizieren. Nur eine sehr kleine Gruppe hat kaum Chancen auf den direkten Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt. Für sie sollte es passgenaue Angebote geben, die ihnen eine Teilhabe ermöglichen.“

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an UVB-Geschäftsführer und Arbeitsmarkt-Experte Alexander Schirp, Tel. 030-31005-106. Näheres finden Sie auch unter [www.uvb-online.de](http://www.uvb-online.de).

Quelle aller Daten: BA, eigene Berechnungen.